



vorher



nachher

Protest ist kein Kunststück.

Diese Skulptur aber ist ein
KUNSTWERK.

sie darf deshalb von Unbefugten weder bewegt und/oder verändert und/oder zerstört werden •

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“
Art.5 (3) Grundgesetz

Die Skulptur ist eine Anklage an die Aachener Staatsanwaltschaft:
Unverhältnismäßigkeit der Mittel gegen AntifaschistInnen, Mitgliedern der
Friedensbewegung und Linken bei gleichzeitiger Schlafmützigkeit gegenüber
Neonazis.

Wir schenken es der Aachener Justiz zur Erinnerung daran, dass sie in einer
blutigen Tradition steht.

Der Name der Skulptur ist:

„Die Staatsanwaltschaft Aachen: das trojanische Pferd
der Diktatur in der Demokratie“.

Es geht mit der Annahme der Schenkung an die Staatsanwaltschaft Aachen über.

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Aachen

(Aufschrift auf den trojanischen Pferden)

Bericht des Antifaprojektes an Aachener Hochschulen:

Mittwochs um 17 Uhr trafen sich mehrere AktivistInnen vor der Staatsanwaltschaft in Aachen, um gegen die Repression und die Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaft mit Neonazis zu protestieren.

Aus alten Computerteilen wurden drei "trojanische Pferde" zusammengebastelt um die Gier der Behörde nach Computern und andren Informationen über "linke" AktivistInnen zu symbolisieren. In einem Redebeitrag wurde verdeutlicht, wie Neonazis über Strafanzeigen gegen ihre Gegner - wegen häufig lächerlichen Vorwürfe (wie z.B. Beleidigung) - an Informationen wie Adressen, Bilder und Strukturen kommen. Bei diesem Spiel hat die Staatsanwaltschaft immer fleißig mitgespielt, trotz ihrer angeblicher Überlastung. So ließ sie im letzten Jahr mehrere Hausdurchsuchungen durchführen, PCs beschlagnahmen und auch eine Erkennungsdienstliche Behandlung durchführen, weil Kunkel (NPD, aus Stolberg) und die Büttgenbrüder (KAL, aus Düren) Anzeigen gegen die angeblich Beteiligten einer antifaschistischen Kaffeefahrt, bei denen die Nazis in ihrer Nachbarschaft als solche bekannt gemacht worden waren, gestellt hatten.

(Bei einem Zivilprozess gegen den Sprecher einer antifaschistischen Bürgerinitiative in Eschweiler wurde übrigens aufgrund offensichtlicher Falschaussagen und teilweisen Rücknahmen von vorherigen Aussagen gegen die Nazis entschieden)

Während der Aktion wurden "trojanische Pferde" aus Computern errichtet, um zu symbolisieren, wie die Staatsanwaltschaft und Neonazis über die beschlagnahmten PCs an Informationen gelangen.

Das Kunstwerk wurde der Staatsanwaltschaft Aachen geschenkt, welches der Oberstaatsanwalt Bernklau höchstpersönlich ablehnte - wir hoffen und fordern, dass er seine Finger jetzt auch von den anderen Computern lässt und jegliche Zusammenarbeit mit Neonazis und die politischen Verfahren gegen AntifaschistInnen und KriegsgegnerInnen unverzüglich einstellt.



(Oberstaatsanwalt Bernklau will von AntifaschistInnen keine Computer annehmen)

Bericht Michael Klarmann für Aachener Nachrichten:

Links: Staatsanwaltschaft bei Kunstaktion als "trojanische Pferd der Diktatur in der Demokratie" kritisiert

Aachen. Weil sie das "trojanische Pferd der Diktatur in der Demokratie" sei, haben Antifaschisten gestern (23.6.) vor der Staatsanwaltschaft Aachen in der Stiftstraße demonstriert. Die harsche Kritik: sie arbeite angeblich mit "Neonazis zusammen und kriminalisiert" linke Gruppen. Die Behörde selbst wies die "infamen, möglicherweise ehrverletzenden Vorwürfe" weit von sich.

Rund 20 Antifaschisten und Friedensaktivisten hatten sich am Mittwoch vor der Behörde versammelt. Ziel der Staatsanwaltschaft sei es wohl, linke und antifaschistische Gruppen "auszuspionieren" oder indirekt via Akteneinsicht klagenden Rechtsextremisten "Informationen über ihre politischen Gegner zu überlassen", kritisierte Kurt Heiler. Das Mitglied der "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN-BdA) sagte, da die Behörde in den Kreisen Aachen und Düren bei Hausdurchsuchungen eine "Gier nach Computern" an den Tag gelegt habe, wolle man ihr drei aus Computerschrott gebaute Pferdeskulpturen überreichen. Da die Staatsanwaltschaft diese nicht annehmen wollte, mussten die Protestler die "Kunstwerke" am Ende aber wieder mitnehmen.

Kritisiert wurde während der Kundgebung ferner, dass die Staatsanwaltschaft seit rund anderthalb Jahren mit vielen Ermittlungen, erkennungsdienstlichen Behandlungen und Hausdurchsuchungen aufgrund von "teilweise höchst fadenscheinigen Begründungen" gegen linke Gruppen vorgehe. So werde, wie berichtet, gegen Teilnehmer einer "antifaschistischen Kaffeefahrt" ermittelt. Ferner gegen Antikriegsaktivisten, die an unangemeldeten, fingierten "Waffeninspektionen" vor Kasernen teilnahmen oder als Anmelder von Demonstrationen laut Staatsanwaltschaft gegen Auflagen verstoßen haben sollen. Harscher Vorwurf: ermittelt werde gegen Neonazis in der Region kaum, bei linken Politaktivisten genügen aber Kleinigkeiten für einen "fanatischen Kampf der Staatsanwälte".

Gegenüber den "Nachrichten" reagierte Oberstaatsanwalt Robert Deller empört auf die Vorwürfe. Seine Behörde habe bei jeglicher Straftat den gesetzlichen Auftrag, Ermittlungen ohne Ansehen der Person aufzunehmen. Sonst verstoße man selbst gegen geltendes Recht. Und natürlich ermittle man auch gegen Neonazis. Deller weiter: "Wenn die so genannten Antifaschisten für sich in Anspruch nehmen, bei offensichtlichen Straftaten nicht belangt werden zu dürfen, dann frage ich mich, wo das hinführen soll." [© Michael Klarmann; für AN]

Eine Chronik des Verfolgungswahns der Staatsanwaltschaft Aachen

Politisches Engagement im Visier der Staatsanwaltschaft?

Mit einer regelrechten Serie von Hausdurchsuchungen in linken Zusammenhängen machte die Aachener Staatsanwaltschaft jüngst auf sich aufmerksam. Dabei stellte sich heraus, daß die teils absurden Vorwürfe auf Beschuldigungen und Falschbehauptungen durch Neonazis der Region zurückgingen. Ein breites Spektrum verschiedener politischer Initiativen in Aachen empfindet es zusätzlich als unerträglich, daß dabei den Neonazis Informationen über ihre politischen Gegner überlassen wurden. Dabei strengt die Staatsanwaltschaft nicht nur Verfahren gegen antifaschistisches Engagement an. In letzter Zeit häuften sich ebenso Verfahren gegen KriegsgegnerInnen, die anlässlich des Irakkrieges z.B. öffentlich auf Waffentransporte durch Deutschland aufmerksam machten. Im folgenden eine Detailschilderung über die Verfolgungsmaßnahmen:

In Aachen laufen zur Zeit Ermittlungen gegen AntifaschistInnen auf Hochtouren. Im letzten Jahr fanden auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Aachen allein fünf Hausdurchsuchungen bei AntifaschistInnen statt, nachdem Neonazis diese bei den Behörden beschuldigt hatten.

Ein erstes Beispiel:

Im Dezember 2002 observierte und durchsuchte der Staatsschutz die Wohnung der Eltern eines Aachener Studenten, der von Neonazis der Körperverletzung beschuldigt worden war. Was sie dort zu finden hofften, bleibt ein Rätsel. Ein Staatsschutzbeamter erklärte gegenüber den Eltern des Beschuldigten, es liege ein Haftbefehl(!) gegen den Beschuldigten vor. Diese Behauptung war offensichtlich zum Zweck der Einschüchterung schlicht gelogen. Die Ermittlungen wurden kurz darauf eingestellt und es zeigte sich: Der Beschuldigte war zur Tatzeit hunderte Kilometer von Aachen entfernt, nichts als eine Falschaussage von Neonazis haben die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gestützt. und es zeigte sich: Der Beschuldigte war zur Tatzeit hunderte Kilometer von Aachen entfernt, nichts als eine Falschaussage von Neonazis haben die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gestützt. Mehr noch: Die Staatsanwaltschaft kennt die Existenz "schwarzer Listen" der Neonazis (Liste politischer GegnerInnen mit Beschreibung, wie mit diesen "umzugehen" sei) und hat in diesem Verfahren diese Listen ergänzt, indem sie Neonazis Fotos von AntifaschistInnen, die während antifaschistischer Demonstrationen von der Polizei angefertigt worden waren, vorgelegt hat.

Szenenwechsel - ein zweites Beispiel:

Im Mai 2003 fand eine "antifaschistische Kaffeefahrt" statt. Vor den Häusern mehrerer bekannter Neonazis wurden kurze Stopps eingelegt, um die AnwohnerInnen über die Tätigkeiten ihrer neofaschistischen Nachbarn zu informieren. Eine schöne, kreative Aktion ohne "Zwischenfälle", sieht man mal von dem Neonazi ab, der eine Flasche aus dem Fenster in Richtung der Protestierenden warf. Einige Zeit später marschierten etwa 20 Neonazis mit Reichskriegsflagge vor dem Haus des Sprechers der Eschweiler Bürgerinitiative "Gemeinsam gegen Neonazis" auf. Die verständigte Polizei traf erst etwa 30 Minuten nach den Neonazis ein, welche sich zu dem Zeitpunkt bereits wieder entfernt hatten. Die große Überraschung kam am Tag danach: Die Polizei kam erneut, diesmal ungerufen und durchsuchte die Wohnung des Sprechers der BI. Beschuldigt wurde der Antifaschist der Beleidigung. Er solle den Vater von zwei bekannten Neonazis als Nazi bezeichnet haben. Verschiedene Neonazis hatten ausgesagt, ihn zweifelsfrei bei der Kaffeefahrt wiedererkannt zu haben. Im Laufe der Ermittlungen stellte sich heraus, daß der Beschuldigte definitiv nicht an der Fahrt teilgenommen hatte. Eine weitere Falschaussage der Neonazis. Die Ermittlungen wurden darauf nicht etwa eingestellt, sondern eine weitere Hausdurchsuchung wurde durchgeführt, diesmal aufgrund der Beschuldigung: Beihilfe zur Beleidigung(!). Im Laufe der erneuten Durchsuchung wurde der Computer des Beschuldigten beschlagnahmt. Im Rahmen der Ermittlungen wurden elf AntifaschistInnen zum staatsanwaltlichen Verhör geladen.

Das Verfahren gegen den Sprecher der Eschweiler Bürgerinitiative wurde inzwischen eingestellt, bisher ohne Begründung. Von diesem ganzen unsinnigen Verfahren wird bleiben, daß die Neonazis über ihre AnwältInnen einige Namen von politischen GegnerInnen erhalten haben.

Ebenfalls im Zusammenhang mit der antifaschistischen Kaffeefahrt wurde dem Geschäftsführer der PDS im Kreistag Aachen vom Aachener Staatsschutz mit der Begründung in seinem Büro aufgesucht, er habe den für die Kaffeefahrt genutzten Bus bestellt. Er wurde unter Androhung unmittelbaren Zwangs ererkennungsdienslich behandelt unter dem Verweis, seine Fotos sollten Neonazis vorgelegt werden. Staatsanwalt Burr meinte eine Beleidigung, einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und gegen das Kunsturheberrecht gefunden zu haben und beantragte das dafür höchst unverhältnismäßige Mittel der Durchsuchung. So wurde auch die Wohnung des Beschuldigten durchsucht. Bei ihm wurde nach einem Megaphon gesucht und schließlich einige Schriftstücke mit Unterschrift beschlagnahmt.

Ein drittes Beispiel:

Im Januar 2004 wurde die Wohnung eines Aachener Studenten durchsucht. Ein Neonazi hatte gegen die Veröffentlichung seines Fotos auf einer Homepage geklagt. Der Student war früher einmal Inhaber eines Kontos der Fachschaft Philosophie welches im Zusammenhang mit einer Mailadresse auftaucht, welche wiederum auf der besagten Homepage steht/stand. Auch sei im Zusammenhang mit der Homepage die Adresse Goethestrasse 3 aufgetaucht, ein ehemals besetztes Haus. Bei der Räumung dieses Hauses wurde der Beschuldigte neben 18 Anderen festgenommen. Für die Staatsanwaltschaft Aachen und besonders für Staatsanwalt Burr ist dies anscheinend Grund genug, eine Wohnung zu durchsuchen und den Computer des Beschuldigten zu beschlagnahmen. Der Vorwurf: Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz. Mittlerweile gab es eine staatsanwaltschaftliche Zeugenvorladung, für den jetzigen Inhaber des obigen Kontos.

Was besagen diese Beispiele?

Die Aachener Staatsanwaltschaft veranlaßt immer wieder Gerichtsprozesse gegen AntifaschistInnen, die von Neonazis beschuldigt werden. Während dieser Prozesse stellte sich meist heraus, daß die Beschuldigungen falsch waren, sie enden meist mit Freisprüchen oder Einstellungen. Auch wenn es der Aachener Staatsanwaltschaft oft nicht gelingt, AntifaschistInnen gerichtlich verurteilen zu lassen, so bleiben Einschüchterung und "Einblick in die Szene". Staatsanwaltschaft und Staatsschutz geben sich darüber hinaus als Erfüllungsgehilfen der Neonazis. Ihnen werden Fotos vorgelegt und durch sinnfreie Ermittlungen Namen zugespielt. Neonazis zeigen an und der Staatsschutz sowie die Staatsanwaltschaft tun ihr Übriges.

Die VVN warf nach einigen dieser Vorfällen des Staatsanwaltschaft Aachen zu Recht "Kumpanei" mit der extremen Rechten vor. Das "Engagement" der Aachener Staatsanwaltschaft geht aber noch weit darüber hinaus. Sie überhäuft linke AktivistInnen auch aus eigenem Antrieb mit schikanösen Verfahren, kriminalisiert massiv fast jedes politische Engagement.

Verfolgung von KriegsgegnerInnen

Im Januar 2004 stand ein junger Mann vor Gericht, dem vorgeworfen wurde, er habe während einer Demonstration gegen Waffentransporte ein Transparent an einer Bahnstrecke aufgehängt. Angeklagt wurde er eines schweren Eingriffs in den Schienenverkehr. Eine starker Vorwurf, zumal die Bahnstrecke zu dieser Zeit nicht befahren wurde. Das sah wohl auch der Bundesgrenzschutz so, der von Anfang an für die Einstellung des Verfahrens plädierte. Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch Staatsanwalt Dirksen, war da anderer Meinung und brachte den Fall vor Gericht. Der Prozeß ist nun erst einmal auf unbestimmte Zeit vertagt.

Auch das Aachener Antikriegsbündnis ist im Moment mit Kriminalisierung konfrontiert. Zu Zeiten des letzten Golfkrieges wurde mit Waffeninspektionen darauf hingewiesen, an welchen Stellen in der Aachener Region Waffen produziert und an ihnen geübt wird. Mehrere Personen werden wegen dieser spontanen Aktionen mit dem Vorwurf "Verletzung des Versammlungsrechtes" strafrechtlich verfolgt. Von der Staatsanwaltschaft beantragte Hausdurchsuchungen stoppten das Amts- und das Landgericht wegen Unverhältnismäßigkeit.

Bewertung

Die willkürliche Auswahl von Betroffenen in den o.a. Verfolgungsmaßnahmen, aber auch die Breite ihres politischen Bezugs (erklärte Linke, Bürgerinitiative gegen Rechts bis zu öffentlich auftretenden KriegsgegnerInnen) verdeutlichen, wie die Staatsanwaltschaft im Rundumschlag jegliches kritische außerparlamentarische Engagement einschüchtern will.

Seit 1990 hat es in Deutschland über 100 Mordfälle, ausgeübt von Neonazis gegeben, körperliche Angriffe und antisemitische Anschläge sind ungezählt. Dennoch, so hat es den Anschein, ist das Engagement der Aachener Staatsanwaltschaft, diesen Urheber von Gewalt und Terror das Handwerk zu legen, stark gedämpft. Während der Sprecher der Eschweiler Bürgerinitiative vom Eschweiler Bürgermeister für sein antifaschistisches Engagement öffentlich geehrt wird, läßt die Staatsanwaltschaft dessen Wohnung durchsuchen. Es kann nicht sein, das jeder Mensch der sich außerparlamentarisch oder gegen Neonazis engagiert, und sei es nur die Teilnahme an einer Demonstration, mit Verfahren durch die Aachener Staatsanwaltschaft rechnen muß.

Wir fordern

Einstellung jeglicher Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden mit Neonazis

Einstellung aller politischen Verfahren gegen AntifaschistInnen und KriegsgegnerInnen!

Kriminalisierung linker politischer Betätigung beenden!